

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung) Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838 (Limburger Tageblatt)

Er erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage
zu jeder Woche eine Beilage
Sonntags und Feiertags ist nach Belieben
Wochensonderbeilage oder die Tagesbeilage.
Erscheinungsstelle: Brückengasse 11.

Redaktion, Druck und Verlag von Moritz Wagner
in Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis: 2 Mark 50 Pf.
vierteljährlich ohne Postgebühr.
Einrückungsgebühr 20 Pf.
die halbjährige Annoncenstelle über deren Raum.
Reklamen die 61 mm breite Zeile 50 Pf.
Abkatt wird nur bei Wiederholungen gewährt.
Bezugsnummer Nr. 22.

Nummer 274

Limburg, Dienstag, den 26. November 1918

81. Jahrgang

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht.

Die Entlassung aus dem Heere.

Berlin, 24. Nov. (W.T.B.) 1. Vom 1. Dezember 1918 sind aus dem Heimatee zu entlassen: Offiziere des Beurlaubtenstandes, sowie Unteroffiziere und die Mannschaften der Jahrgänge 1880 bis einschließlich 1896. Zur Aufrechterhaltung des notwendigen Ordnung-, Arbeits- und Bewachungsdienstes können die Mannschaften bis längstens 15. Dezember zurückgelassen werden, dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die aus aufzulösenden mobilen Formationen frei werden.

2. Das Eintreffen einzelner mobiler Formationen in die Heimat hat begonnen. Alles muß getan werden, um diesen nach langer, schwerster Kriegszeit ins Vaterland zurückkehrenden Männern einen herzlichen Empfang zu bieten und nicht nur der Gesamtheit in öffentlicher Art, sondern auch jedem einzelnen gegenüber, in ernstem kameradschaftlichen Geiste. Vergessen wir nicht, was sie für die Heimat getan haben!

3. Soweit die in der Heimat eingetroffenen mobilen Formationen nicht zu Grenzsicherung und Ordnungsdienst bestimmt sind, werden sie gem. Erlass vom 19. September 1918 d. Nr. 5252. 18. W. M. sofort aufgelöst oder in den Friedensrahmen zurückgeführt. Alle Jahrgänge bis auf die Jahrgänge 1896 bis 1899 sind ordnungsgemäß zu entlassen. Die letzten Jahrgänge sind in Ersatztruppen und Friedensformationen oder in diese selbst zu überführen, um dort ältere Jahrgänge zur Entlassung freizumachen. Die Einzelheiten regeln die stellvertretenden Generalkommandos usw.

Der Kriegsminister:

J. A.: Reinhardt, Unterstaatssekretär d. Heere.

Berlin, 25. Nov. (W.T.B. Amtlich.) Alle Arbeiter- und Soldatenräte werden gebeten, Vorkehrungen zu treffen, daß alle Waffen und Ausrüstungsgegenstände, die auf Bahnhöfen oder anderen Orten von Truppen oder einzelreisenden Heeresangehörigen niedergelegt oder abgegeben sind, gesammelt, bewacht und bei der ersten Gelegenheit dem nächsten Artilleriedepot zugeführt werden. Die Ausführung dieser Weisung wird große Werte des Volkvermögens erhalten.

Unterstaatssekretär d. Heere. J. A.: Reinhardt.

Berlin, 24. Nov. (W.T.B.) Der Volkshausausschuß des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung erläßt folgenden Aufruf:

An alle Soldatenräte des Feldheeres! Kameraden! Noch leidet das Reich an den Rückwirkungen der glänzend geglückten Umwälzung und schon drohen unserer verjüngten Heimat neue Gefahren. Während wir die Waffen aus der Hand zu legen gewillt sind, will das neu erstandene Polen unsere augenblickliche Lage mißbrauchen; unstrittig deutsches Land soll dem großen deutschen Vaterland entrissen werden. Unser aller Rechtsempfinden empört sich gegen den Gedanken, daß unter Mißachtung der Wilsonschen Friedensgrundsätze ferndeutsche Brüder und Landesteile gewalttätig abgetrennt und der polnischen Fremdherrschaft unterstellt werden sollen.

Kameraden! Mögen solche Absichten lauten wie sie wollen, uns mahnt diese Erscheinung vor Zwietracht und Auflösung. Einig und geschlossen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des werktätigen Volkes getragene Reichsregierung scharen. Nur dann wird sie das Maß an Einsicht gewinnen, um einen Bülkerfrieden aufzubauen, der das deutsche Volk schützt vor nationaler Zerteilung und auch ihm das Recht auf Selbstbestimmung sichert.

Großes Hauptquartier, den 24. November 1918.

Berlin, 24. Nov. (W.T.B.) Die Beamten und Angestellten, welche sich während unserer Bekanntmachung vom 12. November bereit erklärten, ihre amtliche Tätigkeit auch unter den veränderten politischen Verhältnissen fortzusetzen, sind darauf hinzuweisen, daß sie unbeschadet ihrer persönlichen und politischen Gesinnung den Anordnungen der Regierung und der ihr nachgeordneten Behörden Folge zu leisten verpflichtet sind.

Berlin, den 23. November 1918.

Die preussische Regierung: (gez.) Hirsch, Stöbel.

Frankfurt a. M., 25. Nov. Hier und da vorgekommene Mißverständnisse veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß die Fronttruppen selbstverständlich nicht zu entlassen sind. Zu den Fronttruppen zählen auch vorausgeschickte, im dienstlichen Interesse tätige Militärpersonen, wie Quartiermacher, Verbindungsbeamte usw.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

beim stellvert. Generalkommando 18. A. R.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 25. Nov. (W.T.B. Amtlich.) Die deutsche Regierung erhielt durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing:

In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 14. November erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß die Vertreter der verbundenen Regierungen in dem obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt, hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der beschlagnahmten Tonnage der Mittelmächte alsdann ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor akutem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefährlichen Aufgaben des politischen Neuaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht. In diesem Sinne beauftragte mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Spaa, 21. Nov. (W.T.B.) In der heutigen Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission teilte General Rudant mit, daß Marshall Foch, die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere also die Verlängerung der Räumungsfrist — abgelehnt habe, und zwar ohne irgendwelche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an Hand der Karte, unter Angabe von Zahlen ausgeführt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, in den selbigen Fristen eine Armee von über 3 Millionen Mann in Ordnung auf schlechten, engen Straßen über die wenigen Rheinübergänge zurückzuführen, erklärte General Rudant, daß er derartige Mitteilungen künftig nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unabänderlich. Die Lage sei einmal so und nicht anders. Das sei unser schwacher Punkt. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser. Auch in den Beratungen der Sonderkommissionen für Materialabgaben, Transportwesen, Gefangenenträgersache usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der rückwärts keine Macht ausübt. Die Forderungen, die bezüglich der Beschaffenheit des zu liefernden Materials, hinsichtlich dessen Bereitstellung und dergleichen erhoben werden, sind praktisch unerfüllbar. Obwohl Marshall Foch bereits bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes auf die Undurchführbarkeit der Bedingungen feierlich hingewiesen war und dieser Hinweis seitdem wiederholt vorgebracht worden ist, so sucht er offenbar seinen Triumph darin, die ausgesetzten Bedingungen aufs schärfste zu seinen Gunsten auszulegen und mit größter Strenge durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob Tausende, vielleicht Hunderttausende, auf dem Rückzuge vor Erschöpfung am Bogen umkommen oder in Gefangenschaft geraten. Auch ob unser großes Transport- und Ernährungsproblem zusammenbricht, Hungersnot und Arbeitslosigkeit zu wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, scheint den erbarmungslosen Franzosen gleichgültig zu sein.

Eine deutsche Erwählung.

Berlin, 23. Nov. (W.T.B.) An die gegnerischen Regierungen wurde folgende Note gerichtet: Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb fünfzehn Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe auf der Karte greift weithin Trümmer und zwischen Metz und Saargemünd, und zwei einschließlich Saarlouis und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt, um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsaß-Lothringen bzw. Luxemburg zu schlagen. Der Protest der

deutschen Kommissionsmitglieder wurde nicht beachtet. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch der Vorentscheidung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein.

Soll, Staatssekretär des Auswärtigen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 25. Nov. In Elsaß-Lothringen ergeben sich infolge der gänzlichen Unterbrechung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs mit dem übrigen Deutschland große Schwierigkeiten. Insbesondere ist es unmöglich, Zahlungen zu leisten und rechtzeitig die Lohngelder an Ort und Stelle zu bringen. Unter denselben äblen Zuständen leidet das übrige, bejagte linksrheinische Gebiet.

Die Konferenz der deutschen Bundesstaaten.

Berlin, 25. November. (W.T.B.) Die Nachmittags-sitzung der Reichskonferenz wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Barth, der die Konstituante für notwendig erklärte, aber vorerst seien die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen. Die Diskussion wolle niemand verlängern.

Nach kurzer Schlußantragsdebatte, in der Minister Hirsch bedauerte, nicht im Namen Preußens gegen die Auflösung preussischer Gebietsstelle protestieren zu können, wurde auf Vorschlag Eberts folgendes Resümee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme gehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, lediglich im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Staatssekretär Müller vom Reichsarbeitsamt schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird:

Um das Wirtschaftsleben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt wies auf das Gefährliche der Finanzzustände des Reiches hin und forderte aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung.

Ebert appellierte in seinem Schlußwort an die Besonnenheit der Arbeiter und Soldaten und sagte, die deutsche Arbeiterschaft möge der Welt zeigen, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machten es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen. — Mit einem Dankeswort an die Versammelten schloß Ebert die Reichskonferenz.

Die Friedenskonferenz.

Die Teilnahme Wilsons.

Genf, 24. Nov. Zur Reise Wilsons teilt der „Matin“ mit, daß Wilson am 4. Dezember an Bord des „Agamemnon“, des früheren „Kaiser Wilhelm“, die Reise nach Europa antreten wird. Dem „Gaulois“ zufolge hat die Prinzessin Aurora ihm ihr Pariser Hotel als Wohnung zur Verfügung gestellt.

Eine englische Warnung.

Amsterdam, 24. Nov. (W.T.B.) Nach einer Meldung des „Algemeen Handelsblad“ verlangt die „Times“, daß die Regierungen der Alliierten während der Beratungen der Friedensdelegationen in enger Fühlung miteinander bleiben sollen, damit keine Überraschungen entstehen und der Gefahr der Anfechtung von Friedensprogrammen, die miteinander unvereinbar sind, vorgebeugt wird. Das Blatt warnt auch vor übereilter Befehlzung strittiger Gebiete, um sich auf diese Weise das Recht auf diese Gebiete von vornherein anzumachen, und vor Ausspielen von Unzulänglichkeiten der einen oder anderen alliierten Regierung.

Eine Vertretung der Truppen-Soldatenräte in Ems.

Berlin, 24. Nov. (W.T.B.) Der Vollzugsausschuss des Soldatenrats bei D. S. L. erläßt heute auf vielseitige dringende Aufforderung von Front-Soldatenräten folgenden Aufruf: An alle Soldatenräte der Heeresgruppen des Armee-Oberkommandos West-, Ost- und Südostfront zur schleunigen Weiterleitung an die unterstellten Generalkommandos und Divisionen. In zahlreichen Rundgebungen von Soldatenräten des Feldheeres kommt zu uns der dringende Wunsch auf sofortige Einberufung des allgemeinen Vertretertages der Truppen-Soldatenräte, deren Stimme bei der Neugestaltung der Dinge im Reich nicht überhört werden soll. Einen solchen Vertretertag berufen wir hiermit auf den 1. Dezember vormittags 9 Uhr nach Bad Ems ein. Jede Division, jedes Generalkommando, Armee-Oberkommando und jede Heeresgruppe — die drei letzteren für die ihnen unmittelbar unterstehenden Truppen — wollen je einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter entsenden. Die Vorbereitungen zu der Tagung übernimmt der Soldatenrat bei der D. S. L. Der Raum der Tagung wird am Bahnhof Ems noch bekannt gegeben. Soldatenräte, werbet und sorgt dafür, daß jede Division durch einen aus der Truppe gewählten Vertrauensmann vertreten ist. Es handelt sich um eine eintägige Zusammenkunft.

Die Marine ist gegen die Diktatur.

Kiel, 24. Nov. (W.T.B.) In einer gestern nachmittag von etwa 800 Vertrauensleuten aller Formationen der Schiffe besuchten Versammlung schilderte Gouverneur Roske die politische Lage und besprach danach die Versuche, die Reichen der Arbeiter und Soldaten durch Zwietracht zu zersplittern. Seine Angaben über die letzten Handstreichs der Spartakus in Berlin verletzten die Versammelten in lebhafter Entrüstung, die keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß sie die Annahme des sogenannten Berliner Volksrates, neben oder über der Regierung seinen Willen durchzusetzen und dem deutschen Volk aufzuzwingen, aufs entschiedenste zurückweisen entschlossen sind. Es wurde, sodann mit allen gegen vier Stimmen folgende Entschließung angenommen: „Mit Entrüstung haben die Vertrauensleute der Kieler Marine von den Vorgängen in Berlin Kenntnis genommen. Sie verurteilen die Gewaltstreichs keiner Minderheiten auf das allerentschiedenste. Die große revolutionäre Bewegung darf nicht zersplittert werden, sondern ihre Einheitslichkeit und Geschlossenheit ist zu bewahren. Die Regierung ist bei ihrer Politik zu unterstützen, die bezweckt, den darbenenden Volksmassen möglichst rasch Frieden, Brot und Arbeit zu sichern. Dazu ist die Einberufung der Nationalversammlung auf einen Zeitpunkt erforderlich, an dem ordnungsmäßige Wahlen möglich sind. Den Gedanken an die Aufrechterhaltung einer Gewalt Herrschaft darüber hinaus lehnen die Vertrauensleute aufs nachdrücklichste ab.“

Verurteilung aus Mainz.

Mainz, 24. Nov. (W.T.B.) Der Vollzugsausschuss des Mainzer Arbeiter- und Soldatenrates hat an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, das die baldige Einberufung der Nationalversammlung fordert. Zu einer Vollziehung der Soldatenräte, in der der Vorsitzende abertonte, wurde dem Vollzugsausschuss ein einstimmiges Vertrauensvotum ausgestellt. Der zur Mitberatung in der Besatzungsfrage in Mainz, weilende Unterstaatssekretär David gab einen Überblick über die politische Lage. Er wandte sich gegen die gegenwärtige Methode und betonte nachdrücklich die Notwendigkeit des möglichst raschen Zusammentritts der Nationalversammlung, durch die allein die revolutionären Erregungswellen vor inneren und äußeren Gefahren gesichert werden können. Seine Ausführungen fanden lebhaftesten Beifall und allgemeine Zustimmung.

Minister Simon über das Vergeßlichkeitsproblem.

Berlin, 24. Nov. (W.T.B.) Der preussische Finanzminister Simon besprach mit dem Schriftleiter des volkswirtschaftlichen Teils der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ das Problem der Vergeßlichkeit und erklärte u. a.: Die Forderung der Spartakusgruppe zur Annullierung der Kriegsanleihen über 5000 Mark bezeichnete Simon in dieser Fassung als ganz undisfunktabel. Denn welche Gerechtigkeit liege darin, wenn man einem Manne, der sein mühsam erpartes Geld im Betrage von 20 000 M. in Kriegs-

anleihen angelegt hat, 15 000 Mark fortnimmt, während man dem Kriegsgewinnler, der 50 000 Mark in Aktien einer Kriegsgesellschaft anlegte, sein Geld läßt? Die Gelder der Sparanleihen, Krankenkassen, Invalidenversicherung usw. würden dadurch aufhören zu existieren, was für die Arbeiterschaft einen ungeheuren Verlust bedeuten würde. Wenn das Reich Geld braucht, so muß es sich solches im Wege der Besteuerung verschaffen, nicht im Wege der Annullierung von Anleihen. Die Besteuerung wird so sein, daß sie dem Gerechtigkeitsprinzip entspricht und den notwendigen sozialen Ausgleich bringt. Da ich im Interesse der breiten Massen es unbedingt für nötig halte, die indirekten Steuern möglichst vollkommen abzubauen, so denke ich an die Notwendigkeit durchgreifender Einkommen- und Vermögenssteuern. Ferner muß das Erbrecht in weitestem Maße reduziert werden, so daß auf diese Weise schon automatisch die großen Kapitalien befreit werden. Die Sozialisierung dürfte Reichsangelegenheit bleiben, denn sonst ist eine einheitliche, zielbewusste Wirtschaftspolitik undurchführbar. Diese Tatsachen bedingen auch, daß die lokalen Bestrebungen, die hier und da aufgetreten sind, unter allen Umständen verschwinden.

Wilhelms II. Vermögen.

Wenn gleich die revolutionäre Regierung das Kronvermögen beschlagnahmt, und als Volkseigentum erklärt hat, so verbleiben doch von den 90 Kronvermögen noch 83 als Sondereigentum im Besitz des Kaisers und nur sieben sind wirklich Kronvermögen. Die meisten der 83 Güter sind mit den kaiserlichen Schlössern verbunden. Das Berliner Schloss ist Krongut, also jezt Volkseigentum. Im Privatbesitz des Kaisers verbleiben dagegen die Schlösser Bellevue und Monbijou und die dreizehn Potsdamer Paläste. Das Stadtschloß in Rassel und das Residenzschloß in Hannover sind ihm nicht zu eigen, wohl aber gelten als des Kaisers Privatbesitz u. a. die Schlösser Wilhelmshöhe, Wiesbaden, Koblenz, und Homburg v. d. H., insgesamt 19, ferner eine Anzahl Jagdschlösser und zahlreiche über das Land verstreute andere kleinere Schlösser. Zum beschlagnahmten Kronvermögen gehören auch nicht das von Friedrich Wilhelm I. gegründete Hausvermögen und das vom Friedrich Wilhelm III. gestiftete Agl. Prinzliche Familienvermögen als Ausstattung für nachgeborene Prinzen. Ferner bildete Friedrich Wilhelm einen mit 15 Millionen Mark ausgestatteten Kronkoffer. Der 1871 als Reichsgabe weitere 4½ Millionen Mark erhielt. Der spätere Kaiser Wilhelm I. vermehrte den Koffer auf 60 Millionen Mark. Bis auf 20 Millionen Mark — dem Kronkoffer gehörend — wurde Wilhelms I. Vermögen später unter seinen Kindern verteilt. Wilhelm II. erhielt nach Friedrich III. Tode außer dem Kronkoffer wenig bares Geld. Er verdiente während seiner ersten Regierungsjahre einmal 10 Millionen Mark an Grundstücksverkäufen in Berlin, die Summe verbrauchte er aber zu kostspieligen Umbauten des Markthalls. Heute darf das Barvermögen des Kaisers auf 20 Millionen Mark geschätzt werden. Der Wert der ihm gehörenden Privatgüter ist jedoch ebenfalls nach Millionen zu beziffern.

Die französischen Frauen.

Basel, 24. Nov. Nach einem Pariser Savasbericht lehnt es die Zentralstelle der französischen Frauenvereine ab, die Bitte der deutschen Frauen um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen bei der französischen Regierung zu befürworten.

Amerikanische Truppen in der Mandchurei.

Basel, 25. Nov. Die „Times“ meldet aus Tokio unter dem 16. November: Der Korrespondent der „Nishi Nishi“ in Chardin meldet, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, 60 000 Mann entlang der ostchinesischen Eisenbahnen in der Mandchurei zu stationieren. Da Verhandlungen mit Japan und China, in denen diese ersucht wurden, selbst Kasernen in der dortigen Gegend zu erbauen, fehlgeschlagen seien, so beschloßen die Vereinigten Staaten, Kasernen zu errichten und zwei Regimenter in Chardin unterzubringen. Diese Maßnahme, so sagt der Korrespondent der „Nishi Nishi“, erregt wegen der möglichen Wirkungen Aufmerksamkeit.

Berufung der amerikanischen Kriegsschiffe.

Washington, 24. Nov. W.T.B. Der Marinekommission des Repräsentantenhauses wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Flotte im Jahre 1920 doppelt so stark sein werde wie im Jahre 1917. Sie wird dann aus 810 Schiffen bestehen.

Einberufung einer Schulkonferenz.

Berlin, 25. Nov. (W.T.B.) Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, beim Staatsministerium die Reichsregierung zur Einberufung einer Schulkonferenz zu veranlassen, die aus freireligiös und neuzeitlich gerichteten Pädagogen und Sachverständigen bestehen und die gründliche Erneuerung des deutschen öffentlichen Schul- und Erziehungswesens vorbereiten soll. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist bereit, im Auftrage des Reiches die entsprechenden Schritte zu tun. An Orten, wo sich entsprechende Lehranstalten für Mädchen nicht befinden, sind die höheren Schulen grundsätzlich auch den Mädchen zu öffnen.

Das politische Betätigungsrecht der Beamten.

Berlin, 23. Nov. (W.T.B.) Verschiedene Vorlesungen, besonders in den östlichen Provinzen, lassen es angezeigt erscheinen, erneut darauf hinzuweisen, daß in der deutschen Republik dem politischen Betätigungsrecht der Beamten selbstverständlich keinerlei Schranken mehr gezogen sind. Es muß auf das entschiedenste dagegen eingeschritten werden, wenn den Beamten aus der Zugehörigkeit zu irgend einer Partei oder der Vertretung irgend einer politischen Forderung behördlicherseits Nachteile erwachsen würden.

Auf falscher Fährte.

Zwischen den Mehrheitssozialisten und dem radikalen Flügel der deutschen Sozialdemokratie bestehen starke Differenzen, und man ist bestrebt, auf beiden Seiten eine Brücke zu finden, auf der sich die beiden Flügel begegnen können, um gemeinsam, wie man so schön sagt, die Früchte der Revolution zu pflücken. Die Brücke soll der wirtschaftliche Sozialismus bilden, und zwar der Sozialismus, wie er sich auf den Marx-Engelschen Theorien aufbaut. Es ist Tatsache, daß die Mehrheitssozialisten nicht unbedingt der materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx folgen, wonach die Sozialisierung der Produktionsmittel die Erringung der Staatsgewalt durch das Proletariat zur Voraussetzung hat, und daß auch in der heutigen Regierung bekannte Vertreter des sogenannten Revisionismus sitzen. Andererseits aber hat der Referent des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin betont, daß die Sicherung der revolutionären Gewalt nicht erfolgen dürfte durch Anwendung des deutschen Staatswesens in eine völkisch-demokratische Republik, sondern in eine proletarische Republik auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage. Aus dem, was bisher geschehen ist, läßt sich der Eindruck ziehen, daß die Mehrheitssozialisten nach dieser Richtung hin den radikalen zwangswise Konzessionen gemacht haben, und wir stehen heute vor der Tatsache, daß der Verstaatlichungs-Gedanke nicht mehr ein bloßer Gedanke ist, sondern als bald der Verwirklichung entgegengeführt werden soll. In Berlin ist bereits eine wirtschaftliche Konzeption zur Vorbereitung der Sozialisierung wirtschaftlicher Betriebe gebildet worden. In ihr sitzen, soweit sich erkennen läßt, im wesentlichen nur Theoretiker, und es ist selbstverständlich, daß schon aus dem Gerechtigkeitsprinzip heraus auch Praktiker hinzugezogen werden müssen, denn derartig wichtige Umwälzungen, vielleicht die wichtigsten, die je dem Wirtschaftsleben eines Landes zugunsten worden sind, dürfen nicht vom grünen Tisch allein durch soziale Erwägungen geleitet werden, zumal noch keine Erfahrungen auf diesem Gebiet vorliegen und das Beispiel Rußlands, das auf diesem Wege experimentiert, nur abschreckend wirken kann.

Wohin soll der Weg gehen? Volle Klarheit ist im Augenblick noch nicht möglich, weil die Kommission, die in Berlin niedergelegt ist, noch keine Beratungen erlassen hat; aber die Richtung läßt sich erkennen z. B. aus der Entschließung des Kieler A. u. S. Rates, der alle Banken, Großindustrien und den großagrarischen Grundbesitz als Nationalvermögen erklärt, nur auf die Sozialisierung hinwirken und die „Bourgeoisie“ vollständig ausschalten will, sowie aus dem Programm der A. u. S. Räte des 18. Armee-Korps in Frankfurt am Main, das die Vergeßlichkeit der Kohlen-, Erz- und Kali-Bergbau und von Getreide, der Schiffahrt und des Großgrundbesitzes vorseht. Detaillierter sind die Grundsätze, die Professor Dr. Wilbrandt für möglichst reibungslose und erfolgreiche Lösung der Eigentumsfrage im „Vorwärts“ aufstellt, die allerdings, wie die Redaktion des „Vorwärts“ bemerkt, die Auffassungen eines hervorragenden Fachgelehrten sind, für die der Verfasser persönlich eintritt, aber kein Aktionsprogramm darstellen, das

Das stolze Schweigen.

Roman von S. Courths-Mahler.

47)

(Nachdruck verboten.)

Zwölftes Kapitel.

Frau von Gosed und Ruth waren heimgekehrt und gingen nun täglich aus, um eine kleinere passende Wohnung für Frau Dina zu finden. Und sie fanden schneller etwas, als sie gehofft hatten.

In einer kleinen Villa, die ein altes Ehepaar bisher bewohnt hatte, war die erste Etage frei geworden, weil der Herr gestorben war, und seine Witwe nicht mehr das ganze Haus allein bewohnen wollte.

Die alte Dame nahm Frau Dina gern als Mieterin auf, und berechnete die Miete für die hübsche kleine Etage, die völlig für Frau Dina genagte, so billig, daß diese sehr freudig überrascht war und schnell die günstige Gelegenheit ergriß.

Auch Ruth freute sich sehr, daß ihre Mutter eine so hübsche und billige Wohnung gefunden hatte. Die Notwendigkeit, sich mit knappen Mitteln einzurichten, lehrte die Damen rechnen.

Ruth hatte auf ihr Inserat nicht eine einzige Offerte bekommen. Deshalb studierte sie nun eifrig den Anzeigenteil verschiedener Zeitungen.

Frau Dina ging an demselben Tag in eine Konditorei, wo viele Zeitungen auslagen, und studierte selbst eifrig den Anzeigenteil. Es stand fest bei ihr, nicht zuzulassen, daß Ruth eine so beschwerliche und freudlose Stellung annahm.

Und sie hatte Glück. Sie fand ein großes Inserat, in dem eine junge Amerikanerin, die mit ihrem Vater und ihrer Tante in Deutschland lebte eine junge, lebensfrohe Gesellschaftin suchte, die aus guter, am liebsten aristokratischer Familie stammte, tadellofes Benehmen hatte und von angenehmem, vornehmem Aussehen war.

Aufgeregt kam Frau Dina nach Hause. Sie hatte sich die

Zeitung, in der das Inserat stand, gekauft und zeigte es Ruth.

Auch Ruth gefiel dieses Inserat und sie schrieb sofort.

Schon zwei Tage später erhielt sie ein Schreiben als Antwort auf ihre Offerte.

Miß Graec Sund, so hieß die junge Amerikanerin, schrieb ihr in einem nicht ganz firmen Deutsch, daß ihr Brief ihr gefallen habe. Sie betonte, daß ihr viel daran liege, eine wirklich vornehme junge Dame zu engagieren. Weil in Deutschland der Adel so viel Geltung habe, wolle sie eine Gesellschaftin mit adeligem Namen haben. Sie schrieb, daß ihre verstorbene Mutter eine Deutsche gewesen und auch ihr Vater von deutscher Abstammung sei. Er habe in Geschäften hier im schönen Deutschland ebensoviel zu tun, als in Amerika, und ihr selbst gefalle es in Deutschland so gut, daß sie mehr in Berlin als in New York lebe. Es komme ihr sehr viel darauf an, eine sympathische und heitere Gesellschaftin zu haben, denn ihr Vater sei von Geschäften in Anspruch genommen, und ihre Tante müsse Ruhe haben. Ruth möge also ihre Photographie einreichen. Wenn sie ihr gefalle, würden sie immer gut zusammen auskommen. Aber sie müsse auch hübsch, vornehm und vergnügt sein, denn — so schrieb Miß Sund sehr offenherzig — sie sei selbst hübsch, jung und heiter, und wolle keine Vogelscheuche neben sich haben.

Frau Dina mußte über dies Schreiben herzlich lachen.

„Das ist jedenfalls eine sehr selbständige, energische und originelle, aber auch sehr ehrliche und offenherzige Persönlichkeit. Was sagst du dazu, Ruth?“

Auch Ruth hatte lächelnd diesen Brief gelesen.

„Ich werde umgehend meine Photographie einreichen, Mama.“

„Tue das. Ich glaube, da wird dir eine ganz gute Stelle geboten. Wenn nur eines nicht wäre,“ seufzte Frau Dina.

„Was denn, Mama?“

„Diese Miß Graec Sund scheint zwischen Amerika und Deutschland hin und her zu pendeln — und Amerika ist so weit.“

Ruth umarmte sie.

„Besser doch, sie pendelt, Mama, als daß sie immer in Amerika bleibt.“

„Aberdings. Aber würde es dich nicht schaden, über den Ocean zu gehen?“

Ruth schüttelte den Kopf.

„O nein, im Gegenteil, eine Seereise stelle ich mir sehr interessant vor. Ich würde mich freuen, ein Stück Welt zu sehen zu bekommen.“

„Nun ja — das ist auch etwas wert. Aber jedenfalls müssen wir uns erst genau nach diesem Miß Sund und seine Tochter erkundigen, ehe du eine Stellung bei ihnen annimmst. Inzwischen kannst du deine Photographie einreichen. Ich denke, wir suchen den amerikanischen Konsul auf, mit dem wir ja hier und da zusammengetroffen. Er wird uns den Gefallen tun, Erkundigungen über Miß Sund einzuziehen. Das Weitere wird sich dann finden.“

Ruth schrieb also nochmals an Miß Graec Sund und sandte ihre neueste Photographie ein.

Darauf kam umgehend ein ebenso originelles Briefchen von Miß Sund. Sie schrieb wieder sehr offenherzig, das Bild von Ruth entzude sie geradezu, und sie sei bereit, diese anzunehmen. Doch möchte sie vorher noch ihre persönliche Bekanntschaft machen. Man könne dann feststellen, ob man sich gegenseitig gefalle und alles Weitere besprechen. Wenn es Ruth angenehm wäre, würde also Miß Graec mit ihrer Tante am nächsten Montag selbst zu ihr kommen, da sie ohnehin die Universitätsstadt lernen lernen möchte, in der Ruth wohne. Sie möge ihr mitteilen, ob sie am Montag bestimmt zu Hause sei.

Ruth sandte Nachricht, daß sie mit ihrer Mutter die Damen am Montag erwarten werde.

Inzwischen war Frau Dina beim amerikanischen Konsul gewesen und hatte ihn gebeten, Erkundigungen über Miß Sund und seine Familie einzuziehen.

Der Konsul sah die schöne Frau lächelnd an.

Geschichte (fort.)

für die sozialdemokratische Partei bindend ist. Professor W. Brandt fordert zunächst Begrenzung des Vergesellschaftungsprozesses auf diejenigen Besitz, bei dem sich Besitz und Betrieb bereits getrennt haben, also bei Latifundien und Alltagsgesellschaften, ferner Vorbereitung der Ueberführung aller Gewerbe, die an sich für Großbetriebe geeignet, aber durch Mangel an sicherem Massenabfah rüchändig und Kleinbetrieb geblieben sind, in staatliche, provinziale, vielleicht kommunale Großbetriebe (z. B. Bäckerei, Schlächtere, Tabakindustrie usw.), Anwendung dieses Systems auf die Landwirtschaft, jedoch Belassung der Kleinbetriebe und Ausdehnung der Kleinbetriebe.

All diesen Programmen merkt man das Improvisierte an und erkennt ohne weiteres, daß es den radikalen Elementen im Augenblick nur darauf ankommt, den Zustand der sozialistischen Wirtschaft bereits hergestellt zu haben, solange die Gewalt in ihren Händen ist und noch ehe eine Nationalversammlung sich mit diesen Dingen befassen kann. Man übersteht dabei geflissentlich das Prinzip des Rechts und stellt sich auf den nackten unerschütterlichen Gewaltstandpunkt, und verbindet sich im radikalen Lager die Augen, um nicht zu sehen, wie gefährlich es ist, daß der Sozialismus eine Kluft zwischen sich und dem demokratischen Bürgertum, aufrichtet, das doch ebenso wie er berufen ist, an der Neuorientierung Deutschlands mitzuwirken. Auf diese Weise wird kein Gleichgewichtszustand hergestellt, sondern das Pendel, das unter der früheren Regierung im alten Deutschland nach der einen Seite ausschlug, wird im neuen Deutschland nach der andern Seite hin ausschlagen. Wir würden uns also nur von neuem in weitere politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten begeben, ehe das Prinzip des Rechts aller Einzelpersonen zu dem Zustand führen wird, der unbedingt kommen muß, nämlich zu einer wahren demokratischen Staatsform, die auf dem Prinzip des Rechts aufgebaut ist. Das sind zuerst einmal die politischen Folgen des Staatssozialismus, wie er von den Radikalen heute angestrebt wird.

Eine andere kommt hinzu. Unsere Handels- und Industriekreise waren bis vor kurzem nur auf den Gedanken eines glücklichen Kriegsausganges gerichtet. Alle Maßnahmen, die für die Uebergangswirtschaft gedacht waren, waren auf ein sieghaftes Ende eingestellt worden. Diese Vorbereitungen sind heute hinfällig, die Demobilisation überstürzt sich. In dieses schwere wirtschaftliche Problem wird heute der Funke der Verstaatlichung hineingeworfen. Die Folge ist, daß anstatt einer Belebung des allgemeinen Geschäftsbetriebes eine Lähmung eintritt, und daß anstelle erhöhter Arbeitsbeschaffung und vermehrter Produktion industrielle und Handelskreise zur Rückhaltung ihrer und keine Aufträge erteilen, weil ihnen die Realisation unmöglich gemacht wird und sie nicht wissen, ob sie morgen noch Herren im Hause sind. In dieser Auffassung stehen wir nicht allein, wir lassen vielmehr den Ausdruck eines in den Kreisen der Radikalen wohl bekannten Mannes folgen, nämlich von Karl Rautsky, der in der Freiheit, dem Berliner Organ der Unabhängigen, dem sozialistischen Plättchen entgegensteht; er sagt:

„In Bau und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hintendrin drangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd beim Schwanz aufzäumen, heißt ein Uebergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt, vorübergehend die Produktion zum Stehen bringen. Eine solche Art Sozialisierung gerade jetzt im Moment der Demobilisierung durchzuführen, oder auch nur fordern, heißt Deutschland in ein Tollhaus verwandeln.“

Wir können diesen Worten nur beipflichten und wir möchten es denen, die für die kommenden Dinge verantwortlich sind, einhämmern, daß sie dem deutschen Arbeiter nicht das glückliche Leben, das sie ihm in hohen Löhnen versprochen, bringen, sondern ihn der Arbeitslosigkeit und dem Elend ausliefern werden. (Hamb. Freibl.)

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 26. November 1918

a. Strenge Herren regieren nicht lange. Die ziemlich heftig eingetretene Kälte hat wieder nachgelassen und ist nach kurzem Regen die Witterung wieder milder. Dieses ist bei der eiligen Rückverlegung unseres Heeres noch recht erwünscht.

a. Kriegsgefangenen-Rücktransporte. An 2000 Gefangene, Franzosen und Engländer, aus der Lager- und Sammelstelle, wurden gestern wieder von hier zurück in die Heimat befördert. Die Leute waren alle in sauberen Uniformen gekleidet und sahen frisch und wohl aus. Sicherlich konnte wohl keiner von ihnen sagen, daß er in Deutschland schlecht behandelt worden ist. Viele derselben sagten, daß sie später ihre Arbeitgeber und Bekannte in ihrer Heimat besuchen würden. — Möchten doch auch unsere Kriegsgefangenen deutschen Brüder bald zurückkehren!

a. Vorsicht zur Verhütung von Unfällen! Beim Truppentransport letzter Tage wurde ein kleiner, nachlaufender Junge von einem Auto umgerannt; zum Glück sind die erlittenen Verletzungen nicht lebensgefährlich. Der Kinder ist aber sehr größere Vorsicht und Zurückhaltung anzurufen. Auch ein Pferd wurde durch den Anprall mit einem Lastauto umgerannt und verletzt; es mußte abgeschlachtet werden. — Sodann macht die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. durch Anschlag bekannt, daß durch Unvorsichtigkeit beim Gedränge des Ein- und Ausstiegs bei den Bahnzügen sehr vielfach Unfälle und selbst Todesfälle vorgekommen seien. Ruhe, Besonnenheit und Vorsicht sei bei den Eisenbahnfahrten dringend notwendig.

a. Notgeld. Wie aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil hervorgeht, wird nunmehr auch der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden durch die Kassatische Landesbank Notgeld in Abständen von 5, 10, 20 und 50 Mark ausgeben. Alles Nähere ergibt sich aus der Bekanntmachung in diesem Blatte. Es ist zu erwarten, daß mit der Ausgabe dieser Geldzeichen, die allerdings nur allmählich erfolgen kann, der Geldzeichennot, vermutlich auch auf dem Lande gekürrt wird, vorausgesetzt, daß auch diese Geldzeichen nicht wieder geschmachtet werden. Möchte die Ueberzeugung im Publikum endlich Bahn brechen, daß auch in dieser Zeit das Geld nirgends besser und sicherer aufbewahrt wird, als bei den Banken, Sparkassen und Genossenschaften, dann hätte alle Geldzeichennot ein Ende.

a. Das Ergebnis unserer Karteffelernte. Es stellt sich immer mehr heraus, daß die ersten Schätzungen unserer Kartoffelernte zu optimistisch waren. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß die bisherigen Ernteergebnisse außerordentlich ungleichmäßig sind. In einzelnen Gegenden schwankt der Ertrag vom Morgen zwischen 25 und 50 Doppelzentnern. Das Gesamtergebnis ist jedenfalls als schlechter anzunehmen, als das des Vorjahres; denn der niedrigere Ertrag vom Morgen wird nicht ausgeglichen durch die Vergrößerung der Anbaufläche. Ursprünglich schätzte man den Ertrag vom Morgen auf 32 bis 33 Doppelzentner, während man jetzt nur 22 bis 23 Doppelzentner annehmen kann. Die Aussichten unserer Kartoffelversorgung für die kommenden Monate sind also nichts weniger als günstig. Von einer Erhöhung der Ration kann unter diesen Umständen jedenfalls nicht die Rede sein.

Rehl, 25. Nov. In Straßburg wurde in der Nacht zum Sonntag von Bürgern und Soldaten die das Kaiserdenkmal umgebende Schutzhülle eckbrochen und das Denkmal mittels eines Seiles vom Sockel gestürzt. Die gewaltige Figur fiel mit ungeheurer Wucht auf die Quadern des Fundaments. Mit Hammer und Meißel wurde dann Stück für Stück von dem viele Zentner schweren Pferdeköpfer abgeschlagen. Die Schar schleifte dann an einem langen Seile den Bronzeloß vom Denkmal Kaiser Wilhelm I. über das Pflaster und legte ihn unter dem Jubel aller Zeugen dieses nächtlichen „Volksurteils“ zu Füßen des Kleberdenkmals. Späterhin zog die Menge vor das Hauptpostgebäude, um dort den Kaiserstandbildern der Hauptfassade das gleiche Schicksal zu bereiten. Inzwischen standen in diesem Falle die Monarchen viel zu hoch über dem Volke und waren auch mit Leitern nicht zu erreichen.

Berlin, 25. Nov. General Ludendorff hat am 9. November, dem Tage, an dem die Revolution ausbrach, die Pension im Westen, in der er bis dahin wohnte und nach Berlin verließen und ist inzwischen, wie man zuverlässig hört, über Schweden nach Schweden gereist.

Amtlicher Teil.

(Nr. 274 vom 26. November 1918).

An die Herren Bürgermeister des Kreises!
Betrifft: Wegweiser.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Truppenmärsche der heimkehrenden Krieger ist es notwendig, daß brauchbare Wegweiser vorhanden sind.

Ich ersuche, sofort sämtliche Wegweiser auf Vorhandensein, Instandhaltung, Lesbarkeit und Richtigkeit der Aufschrift zu prüfen. Wo Wegweiser fehlen, müssen sofort solche angebracht werden. Es genügt ein angemessenes Brett mit schwarzer Schrift.

Bestimmt bis zum 27. d. Mts. ersuche ich, mir zu berichten, daß Wegweiser angebracht und in Ordnung sind.
Limburg, den 23. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. N. 2295.

Diejenigen Herren Bürgermeister der waldbesitzenden Gemeinden des Kreises, welche in Erledigung meiner Verfügung vom 4. 7. 18. — R. N. 1163 — betreffend Vohgewinnung noch im Rückstande sind, ersuche ich um sofortige Beantwortung.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Diejenigen Herren Bürgermeister der waldbesitzenden Gemeinden des Kreises, welche in Beantwortung meiner Verfügung vom 26. 10. 18. — R. N. Nr. 2030 — noch im Rückstande sind, werden um sofortige Erledigung ersucht.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Diejenigen Herren Bürgermeister des Kreises,

welche noch mit der Einbindung des regelmäßig am 10. eines jeden Monats fälligen Verzeichnisses über leerstehende Wohnungen pp. bezw. Behinderung, gemäß meiner Verfügung vom 10. 9. d. Js. veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 212, vom 12. 9. d. Js. im Rückstande sind, werden wiederholt um sofortige Erledigung erinnert.

Limburg, den 25. November 1918.

a.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß die in den einzelnen Gemeinden gebildeten Arbeiter- und Bauernräte Anordnungen treffen, die den seitherigen Bestimmungen, die nach wie vor zu Recht bestehen und noch nicht aufgehoben sind, zuwiderlaufen. So wurde z. B. in einzelnen Gemeinden Anordnung getroffen, daß keine Kartoffeln mehr aus der Gemeinde geliefert werden sollen, daß die gesammelten Spedimengen aus Hausabfällungen, die für die Schwer- und Schwerarbeiter bestimmt sind, innerhalb der Gemeinde ausgegeben werden sollen, daß Geschäftsleute Artikel des täglichen Bedarfs nur noch an Einwohner ihrer Gemeinde abgeben dürfen und dergleichen mehr. Wir brauchen wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, daß derartige Maßnahmen nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen und unter allen Umständen zu unterbleiben haben. Durch diese unbedachten Eingriffe würde insbesondere die Lebensmittelversorgung der Allgemeinheit gefährdet und die schlimmsten Gefahren wären zu befürchten. Aufgabe der Arbeiter- und Bauernräte ist es, in erster Linie dafür zu sorgen, daß die bereits bestehenden Bestimmungen so zur Ausführung gelangen, wie es im Interesse der Allgemeinheit, d. h. auch für die Bevölkerung, die außerhalb des Kreises Limburg wohnt und die leben will, darauf zu achten, daß der Gleichgewicht und die Wucherpreise bekämpft werden, daß die Lebensmittel reiflos erzielt und gleichmäßig zur Verteilung gelangen, d. h. nicht nur innerhalb der Gemeinde, sondern auch an die notleidende Bevölkerung.

Wir hoffen, daß sich die Arbeiter- und Bauernräte daher in der Folge unbedachter Eingriffe jeder Art enthalten und die seitherigen Behörden bei Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen tatkräftig unterstützen, aber nicht nur mit beraten und Vorschläge machen. Die letzten gültigen Verordnungen und Verordnungen werden nach Anordnung der neuen Regierung

vorläufig in Kraft und sind genau zu handhaben und zu beachten. Soweit Gemeindeangelegenheiten in Frage kommen, haben die nach der Städte- und Landgemeindeförderung zuständigen Körperschaften in ordnungsmäßig einberufenen Sitzungen zu beschließen.

Limburg, den 20. November 1918.

Der Sekretär: Dr. Maron.

Der Arbeiterrat: Müller.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

F. B. v. Borde.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich um sofortige orts-
liche wiederholte Bekanntmachung.

Limburg, den 20. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

(Schrift des amtlichen Bes.)

Quartier-Billetts

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Merkblatt.

Wie spart man elektrische Arbeit
(und damit Kohlen)?

Im vaterländischen Interesse ist es notwendig, überall an elektrischer Arbeit und damit an Kohlen zu sparen. Dies muß insbesondere dadurch geschehen, daß jeder nur irgend entbehrliche Verbrauch unterbleibt. Soweit dies nicht möglich, beachte man das Nachstehende:

A. Kraftbetrieb.

1. Man vermeide jeden längeren Leerlauf von Motoren.
2. Wenn der Motor in Betrieb ist, so benutze man ihn möglichst voll, indem man die zu erledigenden Arbeiten ansammelt und richtig verteilt.
3. Man lasse Arbeitsmaschinen und Vorgelege nicht unnötig leer laufen; gegebenenfalls setze man nicht gebrauchte Arbeitsmaschinen, Vorgelege, Transmissionsen usw. durch Umferrung des Riemens aus.
4. Man vermeide verwickelte Anordnungen, wie mehrfache Vorgelege, gekrümmte Riemen, lange Wellenstränge. Transmissionsen belaste man nicht mitten zwischen, sondern nahe bei den Lagern. Der richtigen (weder zu großen noch zu kleinen) Riemenspannung wende man Aufmerksamkeit zu.
5. Vorichtwiderrände, die elektrische Arbeit verzehren, verwende man nur in zwingenden Fällen.
6. Man benutze in der Zeit vom 15. Oktober bis Ende Februar Motoren nicht von 4 bis 1/2 Uhr nachmittags.
7. Lastenauflage sollen nur für Lasten über 30 kg benutzt werden.
8. Personenaufzüge sollen nur selten und nur von kranken oder schwächlichen Personen benutzt werden.

B. Beleuchtung.

1. Man schalte Lampen, die nicht mehr benötigt werden, sofort aus.
2. Man benutze nur die unbedingt notwendigen Lampen. Bei einem Beleuchtungsobjekt mit beispielsweise 5 Lampen schreibe man 3 aus, bei größeren Beleuchtungsobjekten mit beispielsweise 20 Lampen schreibe man mindestens 12, wenn möglich 15 aus.
3. Bei einzelnen Lampen verwende man nicht unnötig hohe Leuchtarten, vielmehr z. B. statt 50 Kerzen nur 32 oder 25, statt 25 Kerzen nur 16 oder 10.
4. Sofern noch Kohlenadendlampen Verwendung finden, tauche man sie sofort gegen Metalladendlampen höchstens gleicher Leuchtkraft aus, da sie nur 1/2 der elektrischen Arbeit verkonsumieren.
5. Die allgemeine Beleuchtung im Zimmer verringere man weitgehend und beschränke sich auf die ausreichende Beleuchtung am Gebrauchsort.
6. Man bringe die Glühlampe möglichst nahe am Gebrauchsort an.
7. Durch richtige Anwendung von Reflektoren kann man die Beleuchtung an der Gebrauchsstelle verbessern, oft sogar bei geringerem Verbrauch an elektrischer Arbeit.
8. Man beschränke Lichtverzehrende Sch. und Glühlampen, soweit sie nicht etwa für den Schutz der Augen unentbehrlich sind.
9. Personen, die bei natürlichem Licht gemacht werden können, verzichte man nicht bei künstlicher Beleuchtung.

C. Straßenbahnen.

Man benutze Straßenbahnen nicht unnötig, wenn man ohne große Mühe gehen kann; insbesondere in der Zeit der höchsten Beanspruchung der Straßenbahnen ist eine Entlastung derselben zugunsten solcher Personen, die unbedingt befördert werden müssen, wichtig.

D. Allgemeines.

Man lese in bestimmten Zeiträumen (z. nach Höhe des Verbrauchs monatlich, wöchentlich oder täglich) feil den Zähler ab.

Der Kreisblatt-Druckerei
für die Kreisblatt-Verwaltung
(Schrift des amtlichen Bes.)

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Ausgabe von Stroh zu Einquartierungszwecken.

Am Mittwoch von 1 Uhr nachmittags ab wird im Fegers Hof an der Bahndrücke an Quartiergeber zum Füllen von Strohsäcken und Einrichtung von Quartieren Stroh verkauft.

Limburg, den 25. November 1918.

Der Magistrat.

Aufenthalt von Militärpersonen in der Stadt Limburg.

Dem Garnisonkommando Limburg ist folgende Anordnung erlassen worden:

1) Alle kriegsgefangenen und Behörden angehörenden Militärpersonen müssen einen entsprechenden persönlichen Ausweis bei sich führen.

2) Alle entlassenen und abgeschobenen Militärpersonen haben die Stadt Limburg sofort zu verlassen. Wer sich entgegen dieser Anordnung in Limburg aufhält ist festzunehmen.

Unter Bezugnahme auf die vorstehende Anordnung machen wir darauf aufmerksam, daß die Sicherheitsorgane mit entsprechender Anweisung versehen sind.

Gleichzeitig werden die Quartiergeber, Hoteliers, Wirt usw. darauf aufmerksam gemacht, daß sie nur solchen Militärpersonen Unterkunft zu gewähren haben, welche einen vom Magistrat der Stadt Limburg ausgestellten Unterweltsausweis (Quartierzettel) vorlegen.

Da bereits mehrere Betrugsfälle vorgekommen sind, wird die Einwohnerchaft hierauf besonders hingewiesen.

Etwa bekannt werdende Schwindler wollen sofort telef. (1) der unterzeichneten Stelle (Telefon Nr. 75 u. 292) melden.

Limburg, den 25. November 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Verordnung.

1) Am Kriegsfesttag dürfen in Wirtschaften von 10 Uhr morgens an bis 5 Uhr nachmittags Bier und Wein, jedoch keine anderen alkoholischen Getränke verabfolgt werden.

2) Außerhalb dieser Zeit ist den Befangenen der Aufenthalt in Wirtschaften verboten.

3) Die Wirt, die gegen diese Bestimmung verstoßen, haben sofortige Schließung des Lokals zu gewärtigen.

4) Weiblichen Personen ist ein gegen die guten Sitten verstoßender Verkehr mit Befangenen verboten. Bei Zuwiderhandlungen ist sofortige Verhaftung zu erwarten. Die Veröffentlichung der Namen der Verhafteten behält sich der R. und G. Rat vor.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Limburg, den 25. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat:
Müller Dr. Marx

Bekanntmachung.

Am Freitag den 29. November,
9 Uhr vormittags

werden auf dem hiesigen Marktplatz

etwa 30 Dienstpferde

öffentlich meistbietend gegen Vorzahlung versteigert.

Garnisonkommando Limburg.

Lahn-Knappschaftsverein zu Weilburg.

Bekanntmachung.

Die Töchter des hessischen Oberbergrats Schapper zu Wiesbaden haben zum Andenken an ihren verstorbenen Vater eine Stiftung in Höhe von 55.000 Mk. errichtet und ihr den Namen „Oberbergrat-Schapper-Stiftung“ gegeben. Die Stiftung ist nunmehr in Wirklichkeit getreten. Das Stiftungskapital ist unangreifbar. Die Zinsen sind zu Gunsten hilfsbedürftiger Bergleute und Witwen und Waisen verlorener Bergleute im früheren Bergort Raffen zu verwenden.

Die Verwaltung der Stiftung ist dem Vorstand des Lahn-Knappschaftsvereins übertragen. An diesen sind Anträge auf Unterstützung einzureichen. Neben dem Verhältnissen, die zur Stellung der Anträge führen, sind die Vermögens-, Familien- und Erwerbsverhältnisse ausführlich und genau anzugeben. Die Richtigkeit dieser Angaben ist durch den Kassenführer oder den Bürgermeister zu bescheinigen.

Weilburg, den 22. November 1918.

Der Vorstand
des Lahn-Knappschafts-Vereins.

Rasier-Apparate
Rasierklingen
Rasier-Messer

Glaser & Schmidt,
Limburg.

Ausgabe von Kriegsnotegeld.

Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat die Ausgabe von Kriegsnotegeld in Gutscheinen von Mk. 5.—, Mk. 10.—, Mk. 20.— und Mk. 50.— beschlossen.

Die Ausgabe der Gutscheine erfolgt durch die Kassauische Landesbank.

Vom 22. d. Mts ab gelangen zunächst die Gutscheine zum Betrage von Mk. 50.— in den Zahlungsvorkehr. Die Gutscheine tragen folgenden Aufdruck:

Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden

Gutschein

über

fünfundzig Mark.

Dieser Gutschein wird spätestens am 1. Februar 1919 zur Eingiehung und Einlösung unter Bekanntgabe des Verfalltermins ausgeteilt.

Die Einlösung erfolgt bei den Kassen der Kassauischen Landesbank (Hauptkassette und Landesbankstellen).

Wiesbaden, den 4. November 1918.

Der Landesbankpräsident Dr. v. Jbell. Der Landesbankpräsident in Kassau.

Dr. v. Jbell. Dr. Albert. Dr. Albert.

Der Aufdruck des Mk. 50.— Scheins ist auf der Vorderseite in olivgrüner Farbe hergestellt. Darunter befindet sich ein Untergrund mit dem Wappen des Bezirksverbandes in roter Farbe. Die Rückseite zeigt in olivgrüner Farbe im Mittelfeld das Wappen des Bezirksverbandes. Beide Seiten sind mit einem Grunddruck in grauer Farbe versehen. Das Papier enthält ein Wasserzeichen.

Wiesbaden, den 19. November 1918.

Direktion der Kassauischen Landesbank.

Allgemeine Bürgererversammlung

hente Dienstag, pünktlich 8 Uhr

im großen Saal der „Mittel Post“.

Alle Limburger Bürger und Bürgerinnen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Tages-Ordnung:

Gründung eines Bürger-Ausschusses.

Der vorbereitende Ausschuß.

Heimatklub Limburg

Mit der Bildung der 2. Kompanie des Heimatklubs Limburg beauftragt, habe ich hiedurch die Bewohner des Bezirks: Brückmühl, Untere Grabenstraße, Dr. Wolfstraße, Untergasse, Marktstraße, gesamte K., Untere Schiede, Brühlstraße, Brühlengasse, Orbach, Römer, Jägergasse, Lärchgasse und Hornweg, zu einer Versammlung auf heute, Dienstag, den 26. November abends 8 Uhr in der Gastwirtschaft „Zum Kaiser“, Brückmühl, freundlichst ein.

8/274

Ingenieur Rothhaus.



Bezugspreis 3 R monatlich
in jedem Regal hat in der

Leset die amtlichen Bekanntmachungen!

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß heute jeder die Pflicht hat, die amtlichen Bekanntmachungen aufmerksam zu lesen. Grundsätzlich sei daran, daß selbst das Reichsgericht durch die Befähigung von Urteilen anerkannt hat, daß diese Pflicht vor allem für Geschäftslente besteht; sie haben sich auf dem Laufenden zu halten, auch wenn die Bekanntmachungen nicht in den Tageszeitungen sondern nur in den zuständigen Kreisblättern erschienen sind. Wer auch die Haushaltungen kommen in Frage, denn die Umstände der bewegten Zeit veranlassen viele Veränderungen, Vorschriften und Aufforderungen, die das Leben oder Verhalten der Bevölkerung beeinflussen. Wer nicht aufpaßt und sich nur die amtlichen Bekanntmachungen nicht kümmert, kann erhebliche Nachteile erleiden, in seinen berechtigten Ansprüchen zu kurz kommen und sich schaden machen.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten
und Kupferstich-Beilage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:
monatlich M. 2.20, Vierteljährlich M. 6.60
Probenummer kosten- und portofrei

Welt über 150.000 Abonnenten

Ausrüstungsstücke

für Offiziere, Militärbeamte und Mannschaften

Mützen — Degen

wasserdichte Bekleidung.

1/6

Wilh. Lohndorf senior, Kornmarkt.

Wichtig für
Hinterbliebene von
Heeresangehörigen.

Alle Fragen, welche die Versorgung
der Hinterbliebenen von Heeresangehörigen
betreffen, werden in jeder Hinsicht
sorgfältig und schnell beantwortet.

Sprechstunde für Hinterbliebenen

in der Kasse Limburg

am Montag

Limburg a. d. R. im Ort.

Hausbesuche werden angenommen.

Orth,

Hofheimerstraße 48

Suche ein braves kath.
Dienstmädchen.

Eintritt sofort, oder später.

Frau Albertine Jey,

11273 Rüdesheim a. Rh.

Ein großes Quantum

Kohlraben

zu verkaufen

10/274

Wo, sagt die Gz. d. Bl.

Zahnsteiner Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen-Preis: die einspaltige kleine Zeile 15 Pfennig.

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Veröffentlichungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Bezugs-Preis durch die Geschäftsstelle oder durch Boten vierteljährlich Mark. Durch die Post frei ins Haus Mark.

Nr. 275

Druck und Verlag der Buchdruckerei Franz Schickel in Oberlahnstein.

Dienstag, den 26. November 1918.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Eduard Schickel in Oberlahnstein.

56. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Telegramm aus Cassel vom 18. November 1918.

Von der Kriegserziehungsabteilung geht folgendes Telegramm ein:

Zur Einführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung“ Demobilisierungsamt errichtet worden. Das Demobilisierungsamt gibt folgendes bekannt: Alle von den deutschen Kriegsmilitärs, selbst Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen erlassenen Bekanntmachungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschlagnahmen, Höchstpreisverordnungen usw.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisierung zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung sowie die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich von dem Demobilisierungsamt Berlin, verl. Gedemannstraße 10, oder in seinem Auftrag erlassen werden. Die Kriegserziehungsabteilung bleibt bestehen und handelt im Auftrage des Demobilisierungsamtes. Den Kriegsamtsstellen und sämtlichen Soldatenräten des Bezirks ist hiervon Kenntnis zu geben. Kriegsamts Kriegserziehungsabteilung. Nr. 613/11. 18. Nov. Im Einverständnis mit dem Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat Cassel gibt die Kriegsamtsstelle die Anweisung weiter. Kriegsamtsstelle Cassel Tgb. Nr. 359 Abt. A. An Regierung Wiesbaden.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 22. November 1918.

Der Landrat.

Den Herren Bürgermeistern des Kreises

haben wir auf Veranlassung des Herrn Rechtsanwalts Bösing in Niederlahnstein als Leiter der amtlichen Fürsorgestelle eine Anzahl Formulare betr. Fragebogen zum Antrag auf Kriegserziehungsgehalt zugehen lassen und sollen diese Formulare an Stelle der bisher benutzten verwendet werden.

Buchdruckerei Franz Schickel.

Prinz Max an die Engländer.

Karlsruhe, 23. Nov. Auf ein durch Vermittlung des Genfer Roten Kreuzes an den Prinzen Max von Baden gerichteten Ersuchen des englischen Roten Kreuzes seinen Einfluß für bessere Behandlung und sofortige Heimreise der englischen Gefangenen geltend zu machen, hat der Prinz folgendes Telegramm abgesandt:

Ich werde den Wunsch des englischen Roten Kreuzes an die zuständige Stelle weitergeben, getreu der Haltung, die ich seit Kriegsbeginn in der Gefangenensache eingenommen habe. Ich halte es aber für meine unabweisliche Pflicht, es offen auszusprechen und Sie zu bitten, es dem englischen Roten Kreuzes in meinem Namen mitzuteilen, daß die vom Geiste der Unversöhnlichkeit erfüllten Waffenstillstandsbedingungen, die darauf hinauslaufen, Hungersnot und Auflösung aller Ordnung und endlich den Einmarsch der Alliierten in Deutschland herbeizuführen, notwendigerweise auch auf die Verpflegung und den Abtransport aller, auch der englischen Gefangenen, zurückschlagen müssen. Erhebt das englische Rote Kreuz hiergegen Einspruch, so erachte ich es meinerseits als einen Akt der Menschlichkeit für alle hochherzig denkenden Engländer und ihre gleichgesinnten Verbündeten, dahin zu wirken, daß sie sich selbst und ihre Völker von dem Mangel befreien, ein Werk zu dulden, das das Stigma unritterlicher Vergeßlichkeit und unchristlicher Bestimmung für alle Zeiten tragen wird.

gez. Prinz Max von Baden.

Fortsetzung des Krieges.

Rotterdam, 25. Nov. Die „Times“ schreibt an leitender Seite: Voraussichtlich wird der Waffenstillstand nicht verlängert, wenn Deutschland bis zum Ablauf nicht zur Wahl der Nationalversammlung geschritten ist. Diese Bedingung der Alliierten ist Deutschland in ihrer ganzen Schwere bekannt.

Paris, 25. Nov. Der „Corr. della Sera“ meldet aus Paris die Ablehnung der letzten beiden Noten Deutschlands um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen und sagt dazu, die Vorgänge in Deutschland würden die Alliierten in aller Kürze zu weiteren Forderungen zwingen.

Der Feldzug gegen den Bolschewismus.

Paris, 25. Nov. Der „Secolo“ meldet das Auslaufen der italienischen Flotte nach Marseille zwecks Beschleunigung der Truppentransporte der Alliierten nach Odessa zum Vormarsch nach Moskau. Die römische „Tribuna“ meldet: Italien nimmt mit 250.000 Mann an dem Feldzug gegen Russland teil. Der „Secolo“ meldet aus Paris: Ein Armeebefehl an die in Marseille eingeschifften

Truppen spricht von der Wiederbefreiung Russlands vom Bolschewismus.

Kämpfe zwischen russischen und deutschen Truppen.

Paris, 25. Nov. Drahtlos von der estnischen Regierung an die britische Regierung:

Die Bolschewiki haben eine Schlachtfeldfront zwischen dem finnischen Belt und dem Peipusssee aufgestellt. Der erste Angriff wurde am 22. November durch die deutschen Truppen abgelehnt. Einem Tagesbefehl des Oberbefehlshabers Weizsäcker gemäß. Die Bolschewiki planen am Abend einen allgemeinen Angriff an der gesamten Front. Estnische Militär ist zur Unterstützung der deutschen Truppen an die Schlachtfeldfront kommandiert. Die Mobilisierung der finnischen Nationalarmee schreitet fort, ist aber noch nicht beendet. Es ist dringend notwendig, daß die Flotte der alliierten Mächte sobald wie irgendmöglich nach Nepal kommt, um dem Anarchismus und dem unvermeidlichen Norden Einhalt zu tun.

Berlin, 25. Nov. Die russische Regierung hat sich nunmehr doch entschlossen, die Abreise unserer bereits mit dem 6. November abgerufenen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg aus Russland nicht länger zu verhindern. Nach eingegangener Meldung haben beide Generalkonsulate, ungefähr 800 Personen, die Demarkationslinie überschritten und befinden sich auf der Weiterreise nach Berlin. Die ausgewiesene bolschewistische Vertretung in der Schweiz ist mittels Sonderzuges durch Deutschland durchgefördert.

Revolution in Rumänien?

Berlin, 25. Nov. Von unserm Budapest Korrespondenten wird gemeldet: Budapest Blätter melden, daß Rumäniens Sozialrevolutionäre in den Ortschaften Galara und Turus Magorale die kommunistische Republik ausgerufen haben. Die Behörden sind den Bewaffneten gegenüber machtlos. Die Revolution breitet sich immer weiter aus. Als Grund wird die überaus schlechte Ernte angegeben. Eine Meldung bezeichnet die Kabinetsbildung Take Jonescu als bevorstehend. Angeblich sollte Take Jonescu nach Jassy berufen sein. Er ist bereits in Galati eingetroffen.

Der Kampf in der Sozialdemokratie.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 21. Nov. Die von dem Volksmattrosenrat von Berlin und Vororten angenommene Entschlieung lautet, wie von den zuständigen Organen mitgeteilt wird, folgendemachen:

„Der Ausschuss des Volksmattrosenrats erklärt, daß er sich mit der aus den Mattrosen herangebildeten Volksmattrosenabteilung als Sicherungstruppe der Regierung zur Verfügung gestellt hat. Er kann daher ein Eingreifen einer Kontrollinstanz wie des Volksmattrosenrats bezw. Volksmattrosenrates in die Exekution der Regierung nicht billigen.“

Aus allen Teilen der bisherigen Front langen Sätze von Telegrammen an die Regierung an, die den schärfsten Einspruch dagegen erheben, daß der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat sich anmaßt, für das gesamte Reich zu sprechen, ohne daß die heimkehrenden Truppen gefragt würden.

Eisner gegen Hindenburg.

München, 25. Nov. Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner veröffentlicht folgende amtliche Erklärung: Der bisherige Generalfeldmarschall v. Hindenburg erläßt in letzter Zeit wiederholt Rundgebungen, die geeignet sind auf empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu stören. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anstoß, gegen diese ihm so unglücklich wie unzulässig erscheinende Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen. Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volk angesammelten Zorn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen.

Allgemeiner Vertretertag des Feldheeres in Bad Ems.

Berlin, 21. Nov. Der Volksmattrosenrat des Soldatenrates bei der O. H. L. erläßt heute auf vielfältig dringende Aufforderung von Front-Soldatenräten folgenden Aufruf:

An alle Soldatenräte der Heeresgruppen des Armeekorps-Oberkommandos der West-, Ost- und Südfront zur schleunigsten Weiterleitung an die unterstellten Generalkommandos und Divisionen: „In zahlreichen Rundgebungen von Soldatenräten des Feldheeres kommt zu uns der dringende Wunsch auf sofortige Einberufung des allgemeinen Vertretertages der Truppen-Soldatenräte, deren Stimme bei der Neugestaltung der Dinge im Reich nicht überhört werden soll. Einen solchen Vertretertag berufen wir hiermit auf den 1. 12., vormittags 9 Uhr, nach Bad Ems ein. Jede Division, jedes Generalkommando, Armeekorps-Oberkommando und jede Heeresgruppe — die drei letzteren für die ihnen unmittelbar unterstehenden Truppen wollen je einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter schicken.“

Die Amerikaner auf dem Marsch nach Coblenz.

Washington, 25. Nov. Reuter. General March teilte mit, daß Coblenz als Ziel des amerikanischen Vormarsches bestimmt sei.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 26. November.

(1) Immer noch nicht die angesagte Einquartierung, unsere Einwohner warten schon seit Samstag darauf und dann sollen sie doch auch kommen. In jedem Hause hat man Vorkehrungen für Unterkunft getroffen, die diejenigen von 1914 weit übersteigen. Das Essen aus den Feldküchen mußte schon zweimal an bedürftige Einwohner abgegeben werden. Säle und Schulen sind mit Strohlager für Massenquartiere vorgeesehen. Der „Englische Hof“ aus dem die Engländer abgehoben sind, hat seinen früheren Namen Hotel „Stolzenseel“ wieder angenommen. Hierbei gibt dieser „Englische Hof“ uns Anlaß eine Begebenheit anzuschneiden, die es verdient, daß sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wird. Es ist genügend bekannt, daß alle Bürger alles nur Mögliche aufgewendet haben, um den kommenden Vaterlandsverteidigern ein gutes Nachtlager darbieten zu können. Im „Stolzenseel“ schliefen lange Zeit 50 Engländer in ganz famosen Eisenbeton-Betten. Heute ist Stroh in dem Saale für unsere Helden und — die Betten hat unsere Staats-Eisenbahn-Verwaltung aus dem Saale entfernt und in einem Lagerhaus, Speicher des Ueberrnachtungslokals, untergebracht. Warum hat man diese Betten unseren armen tapferen Helden an diesen wenigen Tagen nicht belassen? Sollte man so etwas für möglich halten? Wie wir hören, hatte unsere Stadt die Betten beschlagnahmt und nachher wieder von einer Verwendung abgesehen. Aus Liebe zu unseren Kriegern hätte die Bahnverwaltung diese Betten aber gebrauchsfähig aufstellen müssen und wenn es in den leerstehenden Partesälen gewesen wäre.

(2) Versammlung. Auf die im Anzeigenteil bekannt gemachte Versammlung zur Vornahme einer Wahl für ein Bürger- und Bauern-Verein wird besonders hingewiesen. Die Notwendigkeit erfordert es, daß nach dem Erlaß der preussischen Landesregierung vom 14. November 1918 gemeinschaftlich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat als Kontrollinstanz zu den Verwaltungsbehörden zusammen arbeiten zur Wahrung der Interessen und vor allem zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Wahlberechtigt ist jedes Gemeindemitglied über 20 Jahre.

(3) Gewerbegericht. An Stelle des verstorbenen Herrn Justizrat Salmons wurde Herr Generaldirektor Heberle als stellvertretender Vorsitzender des Gewerbegerichts ernannt.

(4) Eine traurige Warnung für die bloße Jugend, die überall mit dem Feuer spielt und in unmittelbarer Nähe von Militär-Benzinwagen sogar Feuerchen anzündet. In Sagen haben auch Jungens mit Feuer an einem solchen Benzinfäß gespielt, das halbgefüllte Faß explodierte und 4 Knaben waren sofort tot und viele wurden schwer verletzt. Sollte die Jugend diese Zeilen nicht lesen, so mögen es wenigstens die Eltern derjenigen Jungens beachten, die stets die Taschen voll Feuerzeug haben, obwohl vielfach zu Hause kein Streichholz in der Küche ist.

(5) Die durchziehenden Truppen sind seit Tagen ohne jede Zeitungsnachrichten. Darum gebt ihnen die Blätter, die ihr bereits gelesen habt.

2. Camp, 24. Nov. Nach kurzer Krankheit verstarb dahier im Alter von 74 Jahren unser langjähriger Pfarrer Hochw. Herr Dr. Eduard Remy. Geboren am 24. November 1844 zu Gaisheim i. Elb., wurde er am 21. Dezember 1868 zum Priester geweiht. Am 1. Januar 1869 übernahm er die Kaplanstelle in Montabaur, um dann weiter in Oberlahnstein, Probst-Dillhausen, Aßbach und Niederbach tätig zu sein; am 1. Januar 1884 zum Pfarrer von Rastätten berufen, wirkte er dort in der Diaspora 16 Jahre, um am 1. August 1900 die hiesige Pfarrei zu übernehmen. Seit der Jahrhundertwende war der nunmehr Verstorbenen in unserer Gemeinde tätig; hochgeschätzt und geliebt von allen, die ihm nahe standen. Nur noch wenige Tage, und der ehrwürdige Priesterkreis hätte sein goldenes Priesterjubiläum feiern können. Schon hatte sich die Gemeinde gefaßt, diesen Tag zu feiern; nun hat Gott der Allmächtige seinen Diener plötzlich an seiner Tätigkeit herausgerissen. Er ruhe in Frieden! Das Totenoffizium beginnt Mittwoch, den 27. November, vormittags 10 30 Uhr. Das Seelenamt ist um 11 Uhr und daran anschließend die Beisetzung in der von ihm erbauten Pfarrkirche.

St. Goarshausen, den 26. November.

(6) Rheinbrücke. Gestern wurden von Coblenz aus eine große Anzahl Pionier-Brückenglieder nach hier geschleppt, um damit den Truppen einen Übergang über den Rhein dahier zu ermöglichen. Bis Samstag muß die Brücke fertig sein und werden an diesem Tage auch schon die ersten Truppen die Brücke passieren. Durch diese Arbeiten herrscht hier und in St. Goar ein reges militärisches Treiben.

Statt besonderer Anzeige!

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschlusse entschlief am 22. November unser lieber Bruder, Schwager, Nefse, Vetter und Bräutigam

Herr Karl Löffler

in Folge von Grippe mit Lungenentzündung.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Ernst Löffler.

Oberlahnstein, Osnabrück und Mainz.

Die Beerdigung fand am 25. November statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit sowie für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres nun in Gott ruhenden lieben Verstorbenen

Herrn Philipp Bär

sagen wir Allen, ganz besonders den Herrn Direktoren, Beamten und Arbeitern der Firma Straßenwalzenbetrieb, den Vereinen, seinen Schulkameraden, sowie den zahlreichen Kranz- und Heilwessenspendern, unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Paul Bär geb. Rath.

Niederlahnstein, den 26. November 1918.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Cousine, Nichte und Entelkin, Fräulein

Margarete Ottilie Mathemus

am 22. November, vormittags 8 1/2 Uhr, nach kurzer Krankheit, im jugendlichen Alter von 14 1/2 Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Ihre stille Teilnahme bitten

die tiefbetrübten Eltern, zwei Geschwister und die übrigen Verwandten.

Cöln-Kalk, Friedrichslegen, Pfaffenbach, Oberlahnstein, Diebrücker Hof, Saarbrücken und Aßeln.

Die Beerdigung findet in Oberlahnstein am 27. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Hause Gochbach 33 aus statt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unseres nun in Gott ruhenden lieben Vaters, Schwägers und Onkels

Frank

sprechen wir hiermit Allen, ganz besonders den Herrn u. Damen, die uns durch ihre Teilnahme unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Eltern
Lorenz Willen u. Frau.
Oberlahnstein, 25. Nov. 1918.

Pferde-Versteigerung zu Nochern, Pferdied u. Patersberg

Am Mittwoch, den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr findet in der Gemeinde Nochern eine Versteigerung von etwa 40 Militär-Pferden statt.

Desgleichen am Donnerstag, den 28. d. Mts., um 12 Uhr in der Gemeinde Pferdied und daran anschließend in der Gemeinde Patersberg. (Zusammen etwa 50 Pferde.)

Außerdem gelangen etwa 80 Pferdegeschirre zum Verkauf. Auf die im Kreisblatt Nr. 271 vom 21. 11. d. J. veröffentlichte Bekanntmachung über die Abgabe von Pferden, mache ich besonders aufmerksam.

Zur Versteigerung zugelassen sind nur solche Landwirte und Gewerbetreibende des Kreises, die im Besitze eines vom Bürgermeisteramt des Orts unterschriebenen Induzwises sind, und die Pferde zu ihrem eigenen Betrieb dringend gebrauchen. Die Erträglichkeit über die Notwendigkeit des Kaufs ist besonders zu bescheinigen.

Händler werden zur Versteigerung nicht zugelassen. Die Abgabe der Pferde und der Geschirre erfolgt nur gegen Barzahlung. Treffpunkt Bürgermeisteramt.

St. Goarshausen, den 25. November 1918.

Der Landrat.
J. V. Niewöhner.

Alle Musiknoten

haben Erika-Verlag Oberlahnstein a. Rh. Preisliste umsonst. Verkauf: Adolfsstrasse 45.

Garantiert reingemahlener Pfeffer, Muskat, Nelken, Zimt

frisch eingetroffen

Ang Grab, Braubach.

Elektro-Motor

und

Dynamomaschine

Conrad Stachhausen,

Coblenz.

Telefon 1 04

Rote + Lose

A Mk. 3.70, 1785! Geldgew.

Ziehung: 6. 11. Dezbr.

Hauptgewinn 100 000 50 000

30 000 M. bares Geld.

Frankfurt-Lose

A 1 Mk. Zieh. 18. Dezbr.

Porto 15 Pf. jede Liste 30 Pf.

versendet Altes-Kollekte

Herr Decke, Kreis-Zach

Das

Favorit-Moden-Album

einzig beliebt infolge seiner G.

gegenheit und Reichhaltigkeit.

geschätzt wegen seines gewählten

Geschmacks, bevorzugt wegen

seiner Preiswürdigkeit (M. 1.10

postfrei) ist soeben erschienen.

Favorit der beste Schnitt!

Gründlich bei der International

Schnittmanufaktur Dresden

0000 Nordstraße 88. 0000

Täglich frisches Pferdefleisch

zu haben bei
Gustav Kaufmann,
Abteilungs

**Ein tragendes
Mutterstiefel**

zu verkaufen. Hochstraße 60.

Leichter Ruhwagen

zu verkaufen. Hochstraße 20.

Oberlahnstein.

1 gebrauchte Bett

ist abgegeben

Hochstraße 33. 1. Eing.

**1 Jahr eleg. fast neue
Herrn-Propaganda**

Nr. 42 (Preisbeilage) zu ver-

kaufen. 10 Pf. in der Geschäftsst.

**Ein neuer irischer
Dauerbrandofen**

hat abgegeben Herr Schäfer,

Marienthal.

**Hinterteil eines kleinen
Wagens**

verloren. Abzugeben

gegen Belohnung

Niederlahnstein, Kirchstraße 5.

Eine Wohnung

zu vermieten. Näheres in der

Geschäftsstelle.

Brieftasche

verloren am 24. 11.

18. an der

Niederlahnsteiner Maschinenfabrik

Abzugeben gegen Belohnung

Niederlahnstein, Bahnhofstraße

47a zwischen 9 12 vorm. und 2

bis 5 Uhr nachm.

Bekanntmachung.

Wie hier bekannt geworden ist, sind Teile der Truppende Angehörige der Jahrgänge 1898/99 entlassen worden bezw. bei den Bürgerwehren pp. eingestellt worden. Dieses Verahren ist unstatthaft. Die Leute sind sofort wieder zu ihren Truppendeilen in Mafz zu setzen, widrigenfalls sie sich der Gefahr der Internierung aussetzen.

Coblenz, den 23. November 1918.

Kommandantur.
Soldatenrat.

An die Ortsgruppen u. Mitglieder des Vaterländ. Frauen-Vereins (Kreis-Verein St. Goarshausen).

Schmerzhaft bewegt, daß ich in dieser schweren Zeit nicht auf meinem Posten sein kann, da ich schon seit Wochen infolge einer schweren Infektion an der rechten Hand nicht imstande bin, mich persönlich oder schriftlich mit den Ortsgruppen und Mitgliedern in Verbindung zu setzen, möchte ich auf diesem Wege mich an den Kreisverein wenden. Ich möchte die persönliche Bitte aussprechen, daß sich alle Mitglieder, wie in den unvergesslichen Tagen von 1914 dem Vaterland zur Verfügung stellen. Es gilt vor Allem tatkräftig mitzuhelfen, daß sich die Küstler der Truppen geordnet vollziehen und vor Allem ihre Ernährung gesichert wird. Deshalb möchte ich auch ganz besonders die Pandfrauen bitten, an die von der Behörde eingerichteten Truppen-Verpflegungsstellen, wenn es verlangt wird, abzuliefern, was sie nur irgendwie abgeben können. Was sie den ausziehenden Truppen geben, werden sie toll dankbar sein, den nach unermesslichen Leistungen Pandfrauen nicht verweigern.

Gott sei mit unsrem teuren Vaterland!

Frau Alice Berg

Vorsitzende des Vaterländ. Frauenvereins

Kreisverein.

Gasthof Deutsches Haus

Local des Turnvereins.

Durch Auflösung des Eisenbahnerinnen-Heims wurde uns das Local gekündigt und wird selbiges am 1. Dezember resp. 1. Januar wieder frei. Interessenten wollen mit uns in Verbindung treten.

Der Vorstand.

Männergesangsverein Oberlahnstein.

Die Mitglieder werden von dem Ableben des verdienten Ehrenmitgliedes

Herrn L. B. Lefevre

gekleinert in Kenntnis gesetzt. Es wird erwartet, durch zahlreiche Beteiligung einem alten Sänger die letzte Ehre zu erweisen.

Die aktiven Mitglieder versammeln sich am Mittwoch, den 27. Novbr., nachm. 2 Uhr, im Vereinslokal „Hotel Stolzenfels“ zur Probe.

Der Vorstand.

Zucker

wird am Mittwoch, den 27. d. Mts. 1 1/2 Pfund pro Kopf gegen Zuckerabfuhr November verkauft.

Wirkkraut und Möhren

von 2 bis 5 Uhr nachmittags am Eichhaus.

Oberlahnstein, den 25. Nov. 1918. Der Magistrat.

Diejenigen Geschäfte (Bäcker und Colonialwarenhändler), die noch Zwiebackmarken in Händen haben, werden ersucht, dieselben sofort Rathaus Zimmer Nr. 1 abzugeben.

Oberlahnstein, 25. November 1918. Der Magistrat.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Verpfleger von Gefangenen, dieselben beim Abtransport sofort bei der Lebensmittellieferung Rathaus Zimmer 1 abzumelden haben, da sonst Schwierigkeiten in der Verpflegung der Gefangenen entstehen.

Oberlahnstein, den 25. November 1918.

Der Magistrat.

Am 27. November, vormittags 10 Uhr

wird am Güterbahnhof

ein Wagen Weißtuch

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Güterabfertigung.

Versammlung.

Zur Wahl eines Bürger- und Bauern-Rates werden alle Interessenten, Beamten, Kaufleute, Handwerker und Bauern auf

Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr, in das „Hotel Stolzenfels“ eingeladen. Am pünktlichen Erscheinen wird gebeten.

Der Einberufer.